Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 5 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Inseratenpreis Pfg. für die sechsgespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. traus and tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil zum Preise von Petitzeilen 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 12 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk. / Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtlicher Platzverschrift Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längerer Ziel, gerichtliche Eintreibung, gemischte Anzeigen verlieren. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 124 | Donnerstag den 3. Juni 1920 | **79. Jahrg.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung fordert von Frankreich für die widerrechtliche Besetzung des Maingaues einen Schadenersatz von 9¼ Millionen.
* Die Reichsregierung plant eine Erhöhung der Kohlensteuer von 20 auf 30 %.
* Den Altpensionären wird jetzt sofort ein Pensionsvorschuß von 50 % gezahlt.
* In Kiel und Wilhelmshaven hat die Übernahme des Dienstes durch die vom Reichswehrminister bestimmten Offiziere planmäßig stattgefunden.
* Die Eisenbahnverwaltung kündigt für den Herbst wieder große Einschränkungen im Personenverkehr an.
* Einer noch unbestätigten Meldung zufolge haben Polen und die Tschechoslowakei wegen der Differenzen über das Teschener Revier die diplomatischen Beziehungen abgebrochen.

Wahlpulver.

Vierzehn Tage lang wurde das deutsche Volk jeden Morgen und jeden Abend, den Gott werden ließ, aus seiner Ruhe aufgescheucht. Putsche von rechts, hieß es in den Blättern der Linken, Putsche von links schrien die Blätter der Rechten. Spätestens am 28. Mai sollte es losgehen — man wußte nur noch nicht, ob rechts oder links. Fast sah es so aus, als brenne man in gewissen Kreisen förmlich darauf, daß wir nur ja wieder einen schönen, kleinen, blutigen Aufstand bekämen, und je länger er auf sich warten ließ, desto wilder wurde das Geschrei, desto heftiger das Rütteln an den letzten Ordnungssäulen, die uns noch geblieben, als hätte man ein wohlerworbenes Recht sozusagen auf Revolution oder Gegenrevolution zweiter oder dritter Auflage.

Der 28. Mai ist vorübergegangen, ohne daß sich irgendwo im Deutschen Reiche auch nur ein politisches Lüftchen gerührt hätte. Also blieb nichts übrig, als die Putschgefahr zu prolongieren. In der Nacht zum 31. Mai wird es losgehen, hieß es diesmal — aber auch der Juni ist ins Land gekommen, ohne daß einem Revolutionär oder einem Gegenrevolutionär ein Härchen gekrümmt worden ist. Nun fabelt man, da man selbstverständlich zu immer abenteuerlicheren Geschichten greifen muß, um sich überhaupt noch Gehör zu verschaffen, von einer unmittelbar bevorstehenden Bartholomäusnacht. Die Offiziere der Reichswehr, heißt es, würden in der Nacht vom 2. zum 3. Juni nach genau aufgestellten Listen überfallen und „erledigt" werden. Schaudervoll, höchst schaudervoll! Aber natürlich, auf einen Schelmen gehören anderthalbe, und flugs ist man auch hier wieder mit Gegenlisten zur Stelle, auf denen zahlreiche Namen verzeichnet sein sollen, deren Träger durchaus nicht immer zu den erbeingesessenen Familien des Landes gehören. Die neueste Schauermär geht dahin, daß sämtliche Partei- und Gewerkschaftsführer der Arbeiter in einem bestimmten Falle festgenommen und unschädlich gemacht werden sollten — wir sehen also, daß auch hier, wie es scheint, immer wieder ein Meer von Ungeheuerlichkeiten ein neues Meer gebären muß. Schließlich kann es natürlich nicht ausbleiben, daß ein Märchen dieser Art das andere totschlägt, und daß die unbeteiligten Wähler, für die natürlich der ganze Spektakel berechnet ist, aus dem ungläubigen Kopfschütteln gar nicht mehr herauskommen. Auch der schwerfälligste Deutsche begreift es am Ende, daß hier Wahlpulver verschossen wird, weiter nichts. Keine Handgranaten, keine Maschinengewehre fahren auf; die sie besitzen, halten sie vorsichtig im Hintergrund, für Bedarfsfälle, die vielleicht noch einmal kommen werden. Aber vor den Wahlen mit ihnen wieder einmal groben Unfug anzurichten, daran denkt, so scheint es mehr und mehr, im Ernste kein Mensch. Die Rechtsputschisten nicht, weil alle Anzeichen dafür sprechen, daß sie mit einem ungestörten Wahlverlauf ganz zufrieden sein könnten; die Linksputschisten nicht, weil ihre Aussichten, dem Räteideal oder der Diktatur des Proletariats jetzt mit Gewaltmitteln auch nur um Haaresbreite näher zu kommen, verzweifelt gering sind. Lassen wir die Wahlziffern sprechen, die die letzten Tage und Wochen uns gebracht haben, in Braunschweig, in Mecklenburg-Strelitz, in Danzig und jetzt wieder im Freistaat Gotha, so sehen wir, daß die Radikalen von rechts wie von links gar keine Ursache haben, der Entwicklung mit Waffengewalt nachzuhelfen. Woraus sich von selbst ergibt, welchen Interessen damit gedient werden soll, wenn immer wieder grausige Putschgefahren an die Wand gemalt werden.

Das Wahlpulver ist zu früh verschossen worden. Die Wähler lassen sich, der Fall Gotha hat es eben erst wieder bewiesen, nicht schrecken. Und das ist gut so. Denn wenn wir etwas brauchen, so ist es der unverfälschte Ausdruck der deutschen Volksstimmung, den uns die Reichstagswahl am nächsten Sonntag vermitteln soll. Da der Volkswille bei uns allein entscheidet, sollte er nur durch politische Kampfmittel beeinflußt werden, die vor jedem parteilichen Urteil zu bestehen vermögen. Der grobe Unfug mit den Putschgerüchten wird schwerlich dazu zu rechnen sein; er hat sich, glücklicherweise, tot gelaufen, bevor er erheblicheren Schaden anrichten konnte. Die Parteien, die sich seiner bedienten, sollten diese Erfahrung sich einigermaßen zu Herzen nehmen.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Freigabe von Schmalz, Margarine, Kartoffeln.

Die Reichsregierung erwägt einen allmählichen Abbau jeglicher Zwangswirtschaft, sobald die Einfuhrmöglichkeiten geregelter sein werden. So ist zunächst geplant, Margarine und Schmalz nicht mehr der Zwangswirtschaft zu unterwerfen und ebenfalls die Kartoffeln von der nächsten Ernte freihändig zu verkaufen. Die bisherigen Erfahrungen mit der Zwangswirtschaft drängen auf baldige Neuregelung. Die Kommunen werden bei dem augenblicklichen Preissturz gewisser Lebensmittel ihre Vorräte nicht ohne Verlust absetzen können und werden in Zukunft die ganze Lebensmittelversorgung auf eine andere Grundlage stellen müssen. Eine große Erleichterung wäre für sie eine gänzliche Befreiung von der Versorgung. Schon jetzt besteht die Gefahr, daß die alten Hülsenfrüchte und Kartoffeln nicht mehr genügend gekauft werden. Trotz des reichen Kartoffelangebots werden Kartoffeln nicht besonders begehrt, da bei den alten Kartoffeln der Abgang durch schlechte Kartoffel zu groß ist. In der Zwangswirtschaft verbleiben zunächst noch Brotgetreide, Mehl, Butter, Milch, Fleisch. Wieweit Fleisch der Zwangswirtschaft noch unterliegt, kann erst entschieden werden, wenn feststeht, wieviel Vieh nach der Abgabe an die Entente Deutschland verbleibt und wie sich die Nachzucht gestalten wird.

Für die zukünftige Versorgung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1920 werden mit den Erzeugern neue Verträge abgeschlossen werden, auf Grund derer 120 Millionen Zentner Kartoffeln erfaßt werden sollen. Auf den Kopf und die Woche entfallen in Zukunft 6 Pfund Kartoffeln. Für den Fall, daß diese Erfassung durchgeführt werden kann, soll von einer weiteren Heranziehung der Kartoffelernte für die öffentliche Bewirtschaftung abgesehen werden. Gelingt es weiter, Auslandskartoffeln zu erträglichen Preisen zu kaufen, so steht für das neue Wirtschaftsjahr einer völligen Aufhebung der Zwangswirtschaft nichts im Wege. Der Verteilungsschlüssel ist so ausgearbeitet, daß die Landwirtschaft hofft, die 120 Millionen Zentner aufbringen zu können, der Rest der Ernte bleibt frei. Man hofft, mit einem Höchstpreis von 45 Pfennig pro Pfund Verkaufspreis an den Konsumenten auskommen zu können.

General Reinhard über die Putschgerüchte.

Genügend verfassungstreue Truppen.

Der frühere preußische Kriegsminister und jetzige Kommandeur der Brigade Döberitz, General Reinhard, erklärte einem Journalisten folgendes über die Putschgerüchte:

„Ein wesentlicher Teil der Nachrichten über die Vorbereitungen eines Putsches beruht auf Entstellung von Tatsachen und Vorgängen, die mit einem Putsch nichts zu tun haben. Sie erklären sich ganz natürlich aus der gegenwärtigen umfassenden Umformung der militärischen Verbände. Wenn jetzt irgendwo, beispielsweise in Westfalen, Truppenteile aufgelöst werden, zerstreuen sich selbstverständlich die zur Entlassung kommenden Mannschaften, die ja durchweg an den Entlassungsorten kein wirtschaftliches Unterkommen finden können, nach allen Richtungen. Dabei reisen sie zuweilen in kleinen Trupps, unter andern auch nach Ostpreußen oder ähnlichen Punkten. Das erweckt dann den Anschein von bestimmten Mannschaftsbewegungen, die an sich aber gar nichts Gefahrvolles zu besagen haben. Wenn anderswo tatsächlich Putschanschläge vorbereitet werden, und daran ist nicht zu zweifeln, so haben die örtlich zuständigen Reichswehrkommandos darauf achtzugeben. Darüber kann die Öffentlichkeit beruhigt sein, daß verläßliche verfassungstreue Truppen in ausreichender Zahl vorhanden sind. Die Brigade „Döberitz" hat mit der gegenwärtigen Beobachtung und Bekämpfung von Putschvorbereitungen nichts zu tun. Sie steht als unmittelbare Reserve dem Reichswehrminister zur Verfügung. Sie hat dort aufzutreten, wo sich Widerstand gegen die Staatsgewalt zeigt, und Verfassungsbrüche zu vereiteln. Im Ernstfalle stehen unbedingt genug verfassungstreue Truppen zum Eingreifen bereit."

Der 60-Millionendiebstahl aufgeklärt.

Die Wächter als Räuber.

Berlin, 1. Juni.

In der Zitadelle zu Spandau wurden vor ungefähr einem Jahre, kurz nachdem die ersten Revolutionswehen vorbei waren, für 60 Millionen rumänisches Papiergeld gestohlen. Die Sache erregte damals ungeheures Aufsehen, zumal es nicht gelang, die Räuber ausfindig zu machen. Die 60 Millionen Lei sollen vom deutschen Wirtschaftsamt durch Bahnzug nach dem Zusammenbruch von Rumänien nach Deutschland gebracht worden sein. Die Scheine lagerten in Holzkisten, die je fünf Millionen enthielten, wie man glaubte, in völliger Sicherheit und unter guter Bewachung. Um so mehr war man überrascht, als eines Tages eine Revision ergab, daß alles verschwunden war.

Nun endlich ist es gelungen, Licht in die geheimnisvolle Angelegenheit zu bringen. Die hiesige Kriminalpolizei hat die Diebe festgestellt: es waren die eigenen Wächter des Schatzes, die damals noch dem Heere angehörten und als garnisondienstfähig in Spandau standen. Vier von ihnen sind verhaftet und geständig. Der Hauptäter ist ein 46 Jahre alter Former Paul Kühn. Er lenkte die Aufmerksamkeit dadurch auf sich, daß er nach dem Millionendiebstahl etwas unvermittelt ein wohlhabender Mann geworden war. Er kaufte sich eine Villa mit Garten in der Umgebung Berlins und mehrere Grundstücke, lebte darauf als eine Art Rentier, der nebenbei Kleintierzucht betrieb. Seine Helfer waren der Zigarrenhändler Leo Wenta, ein Dreher Paul Eisner und ein Heinrich Peschges. Wenta fühlte sich auf die Dauer in Berlin und Deutschland überhaupt wohl nicht sicher genug und stand im Begriff mit seiner Familie nach Holland auszuwandern. Diesen Plan vereitelte die Polizei, indem sie ihn verhaftete. Eisner verlegte seinen Wohnsitz von Berlin nach Werder a. d. H. und erwarb eine Obstplantage. Peschges schließlich bekam den Größenwahn, benahm sich als Lebemann, verbrachte das Geld auf Rennbahnen, in Spielklubs und legte sich eine kostspielige Geliebte zu, obwohl er verheiratet war. Als die Beute vertan war, kehrte er reumütig zu seiner verzeihenden Frau zurück, gedachte aber nicht mehr zu arbeiten und von Einbrüchen zu leben. Dabei wurde er gefaßt.

Wie gesagt, sind alle Verhafteten geständig, sie streiten nur noch über ihre größere oder geringere Anführerrolle. Zum kleinsten Teile setzten sie das rumänische Geld in Wechselstuben um. Ihre größten Abnehmer waren Russen und Rumänen, mit denen sie in Kaffeewirtschaften zusammenkamen. Diese gaben ihnen, wie sie behaupten, für den Tausendleischein durchweg nicht mehr als 225 bis 250 Mark. Die Verhafteten wollen jetzt von der Beute nichts mehr besitzen, außer einigen tausend Mark, die die Kriminalpolizei bei ihnen fand und beschlagnahmte.

Die Polizei nimmt aber mit Fug an, daß die Diebe außer Peschges noch größere Beträge versteckt haben. Es sollen auch erhebliche Schweigegelder an Mitwisser gezahlt worden sein. Alles, was die Verhafteten noch besaßen und aus ihrem Beuteanteil angeschafft haben, die Grundstücke, die Einrichtungen usw., wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Die deutsche Gegenrechnung für die Maingaubesetzung.** Die deutsche Regierung hat in Paris für die durch die Franzosen während der Maingaubesetzung verursachten Schäden Ersatzforderungen in Höhe von 9¼ Millionen Mark gestellt. Für den Fall, daß Frankreich sich weigert die Summe zu zahlen, wird die Angelegenheit in Spaa zur Besprechung gebracht werden.

✚ **Ein Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes** als Teil des nach Artikel 157 der Verfassung zu schaffenden einheitlichen Arbeitsrechtes befindet sich in Vorbereitung und wird dem neuen Reichstage im Herbst vorgelegt werden. Der neue Entwurf wird an die Stelle des Gewerbegerichtsgesetzes und des Kaufmannsgerichtsgesetzes treten und alle Abänderungsvorschläge, die zu diesen Gesetzen gemacht sind, berücksichtigen. Auch die Vertretung von Frauen ist im neuen Entwurfe vorgesehen. Das Arbeitsgerichtsgesetz sieht Verhältniswahl vor, wahlberechtigt sind alle Arbeitnehmer vor 20 Jahren an.

✚ **Pensionsvorschüsse für Altpensionäre.** Das Reichsfinanzministerium hat angeordnet, daß zu sofortiger Behebung der Notlage allen Altpensionären und Althinterbliebenen rückwirkend vom 1. April 1920 ab bis zu der in Aussicht stehenden gesetzlichen Regelung der Bezüge und unter späterer Anrechnung auf diese 50 % der bisher zuständigen Pension als Vorschuß gezahlt wird. Als Altpensionäre gelten alle mit Wirkung vom 1. April 1920 oder einem früheren Zeitpunkt pensionierten Offiziere und Beamte. Ein Pensionsergänzungsgesetz — das über die Zuschüsse zu den Bezügen der Altpensionäre und Althinterbliebenen sowie über die Bewilligung von Kinder- und Teuerungszuschlägen Bestimmung treffen und ebenfalls mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft treten soll — wird dem neuen Reichstag sogleich nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden.

✚ **30 % Kohlensteuer.** Dem neuen Reichstag wird kurz nach seinem Zusammentritt ein neues Kohlensteuergesetz zur Beratung zugehen. Das bisherige Kohlensteuergesetz hat nur bis zum 30. Juli Gesetzeskraft. Während das bisherige Gesetz eine Abgabe von 20 % verlangte, sieht der neue Gesetzentwurf eine Steuerabgabe in Höhe von mindestens 30 % vor.

✚ **Die neue Mittellandkanalvorlage,** die der preußischen Landesversammlung demnächst zugehen soll, wirft eine Viertelmilliarde Mark für den Bau der Mittellinie über Peine, nördlich Braunschweig, Oblsfelde, Magdeburg aus und sieht verschiedene Seitenkanäle vor. Mit den Arbeiten, die als Notstandsarbeiten gedacht sind, wird bereits im Herbst begonnen werden.

✚ **Wieder ein französisches Gewalturteil.** Der in der Badischen Anilin- und Sodafabrik beschäftigte Ingenieur Imhoff, der den Krieg zuletzt als Hauptmann mitmachte und unlängst von den Franzosen verhaftet wurde, ist wegen Diebstahls von Hausgegenständen in Frankreich zu sechzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

✚ **Leidenstage in Oberschlesien.** In Beuthen wurden bei der Absperrung harmlose Passanten von französischer Kavallerie mit dem Säbel geschlagen, polnisch Sprechende

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF